

VERORDNUNGSBLATT DER GEMEINDE ZWISCHENWASSER

Jahrgang 2025

Ausgegeben am 29.09.2025

13. Verordnung: Entschädigung Gemeindeorgane

FESTSETZUNG DER ENTSCHÄDIGUNG DES BÜRGERMEISTERS UND DER MITGLIEDER DER SONSTIGEN GEMEINDEORGANE

Aufgrund des Beschlusses der Gemeindevertretung vom 24. September 2025 wird gemäß Bezügegesetz 1998, LGBl. Nr. 3/1998 i.d.g.F, verordnet:

§ 1

Entschädigung des Bürgermeisters

(1) Der Monatsbezug des Bürgermeisters beträgt 55,0516 % des zum Zeitpunkt der Beschlussfassung geltenden Monatsbezugs gemäß § 1 Abs. 1 lit. g des Bezügegesetzes 1998.

(2) Der Monatsbezug erhöht sich, ungeachtet des § 2, alle zwei Jahre, zum nächsten Stichtag am 01.01.2027, im Ausmaß von 1,5 % des jeweils aktuell gültigen Monatsbezuges gemäß § 4 Abs. 1 lit. g des Bezügegesetzes 1998, maximal jedoch bis zum Höchstbetrag laut der Verordnung der Landesregierung über die Monatsbezüge der Bürgermeister.

(3) Die Bezüge nach Abs. 1 gebühren 14-mal jährlich. Der 13. und 14. Bezug sind Sonderzahlungen.

(4) Dem Bürgermeister gebühren Reisegebühren im Sinne der Gemeindereisegebührenverordnung.

§ 2

Entschädigung der Mitglieder der sonstigen Gemeindeorgane

(1) Der Monatsbezug des Vizebürgermeisters beträgt 1,00 % des zum Zeitpunkt der Beschlussfassung geltenden Monatsbezugs gemäß § 1 Abs. 1 lit. g des Bezügegesetzes 1998. Die monatliche Entschädigung entfällt, wenn der Vizebürgermeister länger als einen Monat an der Ausübung seiner Funktion verhindert ist, für die Dauer der Verhinderung.

(2) Weiters gebührt dem Vizebürgermeister im Fall der Vertretung des Bürgermeisters eine Entschädigung von 1,00 % des Monatsbezuges gemäß § 1 Abs. 1 lit. G des Bezügegesetzes 1998 pro Vertretungstag.

(3) Die Mitglieder des Gemeindevorstandes, ausgenommen der Bürgermeister und Vizebürgermeister, erhalten dieselbe monatliche Entschädigung nach Abs. 1 wie der Vizebürgermeister und dieselbe Entschädigung für den Fall der Vertretung des Bürgermeisters wie sie der Vizebürgermeister gemäß Abs. 2 erhält.

(4) Die Bezüge nach Abs. 1 gebühren 14-mal jährlich. Der 13. und 14. Bezug sind Sonderzahlungen.

§ 3

Sitzungsgeld

(1) Eine Entschädigung gebührt bei der Teilnahme als stimmberechtigtes Mitglied an Sitzungen der jeweiligen Organe bzw. Ausschüsse:

- a) Gemeindevertretung 20,00 Euro pro Sitzung
 - b) Ausschüsse und Projektgruppen 15,00 Euro pro Sitzung
 - c) Vorsitz Ressortleitung 200,00 Euro pro Sitzung
- (2) Dem Bürgermeister gebührt kein Sitzungsgeld.

§ 4

Wertsicherung

(1) Die in den §§ 1 bis 2 festgelegten Monatsbezüge des Bürgermeisters und Entschädigungen der Mitglieder der sonstigen Gemeindeorgane, erhöhen sich jährlich entsprechend dem Anpassungsfaktor nach § 3 des Bundesverfassungsgesetzes über die Begrenzung von Bezügen öffentlicher Funktionäre.

§ 5

Schlussbestimmung

(1) Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Kundmachung in Kraft.

Der Bürgermeister:

J ü r g e n B a c h m a n n , M S c